

Positionspapier

**Herausforderungen in der Energie- und Klimapolitik
– Markt vs. Regulierung**

**CO₂- Bepreisung in Deutschland:
Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion - zugleich eine
transatlantische Perspektive**

Ein Grundsatzpapier des Energy and Climate Committee der American Chamber of Commerce in Germany e.V.

September 2019

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Präambel..... | 3 |
| Kernbotschaften..... | 4 |
| Klimaschutz als Aufgabe..... | 5 |
| Transatlantische Perspektive und Folgerungen für die Energieversorgung | 7 |
| Mehr Diversität in der Gasinfrastruktur fördert den Gasmarkt in Deutschland..... | 8 |
| Stromversorgung effektiv und effizient umstellen | 9 |
| Über das Energy and Climate Committee | 11 |
| Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany) | 11 |

Präambel

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von 2.300 großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen sowie Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig sind und jeweils im anderen Wirtschaftsraum investieren, produzieren sowie Dienstleistungen erbringen. AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die gemeinsamen Interessen und den transatlantischen Dialog – all dies fußt auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft, die historisch gewachsen ist, gemeinsame transatlantische Werte hat und stark gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich verflochten ist.

Insbesondere wettbewerbsfähige und offene Märkte sowie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind von zentraler Bedeutung. Im jeweils anderen Wirtschaftsraum gehen die Mitgliedsunternehmen von AmCham Germany ins unternehmerische Risiko, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und beschäftigen insgesamt rund 1,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür brauchen die Unternehmen **verlässliche und planungssichere Rahmenbedingungen**, insbesondere in der Energie- und Klimapolitik; **notwendige Änderungen** – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – müssen **zügig und rechtssicher umgesetzt** werden.

Diese Weichenstellungen sind zentrale Standortfaktoren für die Wirtschaft in der Bundesrepublik. Sie entscheiden mithin über zukünftige Investitionen und haben damit eine herausragende Bedeutung für nachhaltiges Wirtschaften und für Wachstum und Beschäftigung gleichermaßen.

Kernbotschaften

- AmCham Germany bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015.
- Energie- und klimapolitische Entscheidungen sollten verstärkt auf die Schaffung eines globalen level playing fields ausgerichtet sein, um die Wettbewerbsfähigkeit in allen Wertschöpfungsstufen nachhaltig zu steigern.
- Vor allem im transatlantischen Wirtschaftsraum sollten Differenzen der regulatorischen Rahmenbedingungen gezielt minimiert werden.
- AmCham Germany begrüßt die zunehmende Diversifizierung im Erdgasmarkt in Deutschland und Europa.
- Die Bundesregierung sollte im Strommarkt umgehend marktbasierende Anreize zur Errichtung von Erneuerbare-Energien-Anlagen und flexiblen Gaskraftwerken schaffen, um Kapazitätslücken in den 2020er Jahren wirksam entgegenzuwirken.
- Eine effektive CO₂-Bepreisung sollte als Leitinstrument für den Klimaschutz - neben der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft - etabliert werden, unter Vermeidung von Doppelbepreisung (für ETS-Sektoren). Dieses Leitinstrument sollte als Maßstab für die Wirksamkeit bestehender und zukünftiger Regulierungen funktionieren, sich an der Erreichung der Klimaziele 2030 bzw. 2050 orientieren und so zu einem transparenten und verlässlichen Entwicklungspfad beitragen.
- Um Klimaschutz wirkungsvoll und adäquat zu betreiben, wird schließlich ein globales CO₂-Preisregime benötigt. Das würde zu deutlichen CO₂-Reduktionsraten führen und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten.

Klimaschutz als Aufgabe

Deutschland hat sich ambitionierte Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasen gesetzt, die sich in die europäische Energie- und Klimapolitik einfügen und die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 unterstützen. Zusätzlich hat sich Deutschland mit der Effort-Sharing-Verordnung und der Climate-Action-Regulierung dazu verpflichtet, die Emissionen in den nicht vom Europäischen ETS betroffenen Sektoren erheblich zu reduzieren. Ähnliche amerikanische Regelungen für die gesamte USA gibt es nicht, jedoch sind in etlichen Bundesstaaten bereits Maßnahmen hauptsächlich zur Besteuerung von CO₂¹ ergriffen worden.

Weitgehende Treibhausgasneutralität in Deutschland und Europa und der dafür erforderliche Umbau des Energiesystems sind die Zielsetzungen, die bis 2030 bzw. 2050 wesentliche Änderungen in der Energieversorgung, in den industriellen Anwendungen sowie Handel und Dienstleistungen, in den Sektoren Verkehr und Gebäude (Wärmeversorgung) und ebenso in der Landwirtschaft erfordern. Hier sind für manche Bereiche bereits Mechanismen etabliert, die wesentlich zur Zielerreichung beitragen (wie der Europäische Emissionshandel), in anderen Bereichen werden gerade regulatorische Maßnahmen diskutiert. Die überwiegende politische Meinung ist, dass die Anstrengungen der Marktteilnehmer noch erhöht werden müssen.

Die Mitglieder von AmCham Germany bekennen sich zu den Zielsetzungen des Pariser Klimaabkommens und unterstützen diese.

Auf der Basis des sogenannten energiewirtschaftlichen Dreiecks aus wettbewerbsfähigen Preisen, Versorgungssicherheit und Klimaschutz müssen die energie- und klimapolitischen Fragen unserer Zeit angegangen und zum Wohle des Standortes Deutschland gelöst werden. Das heißt, es müssen ausgewogene Entscheidungen getroffen und marktwirtschaftlich umgesetzt werden, die sowohl die Klimaschutzziele erreichen, als auch die Versorgungssicherheit erhalten, wirtschaftlich verkraftbar sind und Carbon Leakage wirkungsvoll verhindern. Dabei sind innovative Produkte wie beispielsweise Batterietechnologien, synthetische Kraftstoffe, synthetisches Gas und dekarbonisierte Gase sowie Wasserstoff unverzichtbare Bestandteile.

Ein globales CO₂-Preisregime - Yes we can!

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Beinahe 80% der weltweiten CO₂-Emissionen werden außerhalb der EU ausgestoßen. Nur ein globales Bepreisungsregime schafft vergleichbare Produktionsbedingungen und sichert damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Regional begrenzte Verfahren werden immer den Nachteil mit sich bringen, dass Produktion und Energieerzeugung an Standorte verlagert werden, in denen es keine Reduktionsanreize gibt. Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens hat bereits die Grundlage geschaffen, ein globales Bepreisungsregime einzurichten. Hier muss die internationale Gemeinschaft jetzt handeln.

Sollte es nicht gelingen, eine weltweite CO₂-Bepreisung einzurichten, muss diese mindestens auf G20-Ebene angestrebt werden. Die G20 Länder sind für rund 80% der globalen

¹ Vgl. World Bank Group, State and Trends of Carbon Pricing 2019, S. 14, 43 f
<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/31755>

Treibhausgasemissionen und den größten Teil der Industrieproduktion verantwortlich. So wären sehr hohe CO₂-Reduktionen möglich und gleichzeitig könnte der Großteil der weltweiten Potenziale gehoben werden. Die Industrie trägt bereits heute in hohem Maße dazu bei, dass die im Paris-Abkommen von der internationalen Staatengemeinschaft vereinbarten Klimaschutzziele erreicht werden können. CO₂-Bepreisung muss hier marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen und marktwirtschaftliche Anreize setzen. National zu etablierende Systeme sollten auf internationale Anschlussfähigkeit ausgerichtet sein, um perspektivisch ein globales CO₂-Preisregime herbeizuführen.

Jedoch kann Deutschland mit einem Anteil von ca. 2,3 % an den weltweiten CO₂ Emissionen im Gesamtkontext nur einen naturgemäß limitierten Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Für Deutschland sollte daher zunächst auf nationaler Ebene, aber möglichst in Kooperation mit anderen Staaten Europas, der Emissionshandel für den Non-ETS-Bereich, orientiert am ETS, eingeführt werden. Das Konzept muss auch gut vermittelbar sein: Ein planbarer Preiskorridor muss gemeinsam mit möglichen Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger und Industrie erklärt werden.

Deutschland kann und sollte Vorbild im internationalen Klimaschutz sein. Mit über 22 % an der Bruttowertschöpfung stellt die Industrie einen Grundpfeiler der Lösung zu einer Treibhausgas neutralen Gesellschaft der Zukunft dar, nicht das Problem.

Der Weg zu einem erfolgreichen Klimaschutz muss aber über die internationale Staatengemeinschaft laufen. Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Industrie gewahrt bleiben, kann Deutschland mit neuen innovativen Produkten und Dienstleistungen zum internationalen Klimaschutz beitragen.

Klimaschutz im Verkehrssektor insbesondere durch Elektromobilität, synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff und Biokraftstoffe

Der Verkehrssektor ist in Deutschland für ca. 18%² und in den USA für etwa 29%³ der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Ein Wachstum der Emissionen in diesem Sektor steht in direktem Zusammenhang mit wirtschaftlichem Wachstum in anderen Sektoren. Nur allein auf den Verkehrssektor bezogene Maßnahmen zur Senkung von Emissionen – wie derzeit im nationalen Klimaschutzplan 2050 angelegt - greifen daher zu kurz, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Die aktuelle Regulierungslogik und kleinteilige, nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen innerhalb einzelner Sektoren bergen die Gefahr hoher Kosten und garantieren nicht, dass die Klimaziele des jeweiligen Sektors erreicht werden.

Die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor sollen bis 2050 weitgehend reduziert sein. Für die Zielerreichung muss insbesondere der Anteil der elektrischen Antriebe am Pkw-Bestand bis 2050 massiv ausgebaut werden. Da eine Vollelektrifizierung des Verkehrs durch Batterien und Stromleitungen nach heutigem Stand der Technik eine große Herausforderung darstellt, können die hier erforderlichen Nullemissionen im Verkehr nur durch den ergänzenden Einsatz CO₂-freier Kraftstoffe, Wasserstoff und auch Biokraftstoffe sowie z.B. Brennstoffzellen im Fernverkehr

² Umweltbundesamt (2016): Emissionsquellen, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen/emissionsquellen#textpart-1>.

³ United States Environmental Protection Agency (2019): Inventory of U.S. Greenhouse Gas Emissions and Sinks: 1990-2017, <https://www.epa.gov/ghgemissions/inventory-us-greenhouse-gas-emissions-and-sinks-1990-2017>

erreicht werden. Also muss Erneuerbarer Strom auch auf der Straße als Primärenergieträger ausreichend verfügbar sein und nutzbar gemacht werden.

Eine sektoren- und staatenübergreifende CO₂-Bepreisung, könnte in Zukunft ein zentrales und effizientes Instrument für die Erreichung der globalen Klimaziele darstellen. Die Wirkungen des Europäischen ETS zeigen auf, dass ein Mengensystem eine smarte und sichere Methode darstellt, um Treibhausgasemissionen herbeizuführen. Eine nationale Lösung kann jedoch nur eine kurz- bis mittelfristige Maßnahme darstellen. Erst ein globales CO₂-Bepreisungssystem ist umfassend effektiv und bietet einen fairen Wettbewerb global operierender Unternehmen.

Transatlantische Perspektive und Folgerungen für die Energieversorgung

Die Mitgliedsunternehmen von AmCham Germany sind auf beiden Seiten des Atlantiks (und nicht nur dort) wirtschaftlich aktiv. Deshalb ist auch beim Thema Energie und Klimaschutz ein transatlantischer Vergleich angebracht, denn es zeigt sich, dass hier eine besondere Herausforderung liegt:

Insbesondere Strompreise und Stromkosten sind für die Unternehmen ein wichtiger Kostenfaktor und haben somit großen Einfluss auf deren (globale) Wettbewerbsfähigkeit. Die Produkte stehen im Wettbewerb mit denen anderer Industrienationen außerhalb der Europäischen Union und in aufstrebenden Schwellenländern. Der durchschnittliche Industriestrompreis in Deutschland liegt nach Angaben der OECD⁴ weit über dem OECD-Durchschnitt. Im Vergleich zu den USA ist er in Deutschland mehr als doppelt so hoch. Damit sind die Ausgangslagen der Industrieproduktion in Deutschland und den USA völlig unterschiedlich.

Zudem sind die deutschen und europäischen regulatorischen Anstrengungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen im Vergleich zu den USA⁵ deutlich größer und teurer, wie ein Blick auf den starken Anstieg der CO₂-Zertifikatspreise⁶ belegt. Die USA verzeichneten von 2005 bis 2017⁷ sinkende CO₂-Emissionen, im Wesentlichen durch den Shalegas Boom verursacht. Marktgetrieben wurde mehr Strom aus Erdgas als aus Kohle erzeugt. Für 2018 steigen die Emissionen zwar wieder an, allerdings wird für die Jahre 2019 und 2020 ein weiteres Absinken der CO₂-Emissionen⁸ erwartet. Erdgas, das unter den fossilen Energieträgern die höchste Umweltverträglichkeit aufweist, hat Kohle im amerikanischen Energiemix längst überholt. Zudem werden die

⁴ Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019): Abschlussbericht, S. 32 ff
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

⁵ World Bank World Bank Group. *State and Trends of Carbon Pricing 2019*. S. 14. 43 f
<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/31755>

⁶ Siehe <https://www.ag-energiebilanzen.de/>; <https://www.boerse-online.de/rohstoffe/co2-emissionsrechte>

⁷ World Economic Forum: „These countries are leading the charge to clean energy“, <https://www.weforum.org/agenda/2019/02/these-countries-are-leading-the-charge-to-clean-energy/>. Siehe auch U.S. Energy Information Administration, U.S. Energy-Related Carbon Dioxide Emissions, 2017, 25. September 2019, <https://www.eia.gov/environment/emissions/carbon/>

⁸ U.S. Energy Information Administration, *Today in Energy*, 28. Januar 2019, <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=38133>.

Erneuerbaren Energien immer markt- und wettbewerbsfähiger und gewinnen weiter an Bedeutung.⁹ Die energiepolitische Landschaft der Vereinigten Staaten hat sich daher marktgetrieben – mit vergleichsweise wenig Regulierung – in den letzten zehn Jahren grundlegend verändert. Insbesondere der Erdgasboom hat zu stabilen, vergleichsweise niedrigeren Stromgroßhandelspreisen, niedrigeren Treibhausgasemissionen und einer größeren Systemflexibilität geführt.

Auch infolge dieser energiepolitischen Marktbewegungen nehmen Investitionen in den USA zu. Beispiel Chemie¹⁰: Der American Chemistry Council hat 333 annoncierte Investitionsprojekte der chemischen Industrie im Gesamtwert von 202,4 Milliarden US-Dollar identifiziert. Im Ergebnis sind Produktionskosten dort mittlerweile deutlich niedriger als beispielsweise in Europa. Die von den Unternehmen angekündigten Investitionspläne lassen einen weiteren Kapazitätsaufbau vermuten. Als Begründung für die Investitionen nennen die Unternehmen die niedrigeren Erdgaspreise.¹¹ Dagegen ist in Deutschland ein schrumpfender Kapitalstock, also ein Rückgang der Industrie, zu erkennen.¹²

Auch in anderen Sektoren haben Investitionen in den USA deutlich zugenommen.¹³ Spiegelbildlich sind die Standortfaktoren Deutschlands anhand des AmCham Germany Transatlantic Business Barometers ablesbar, das AmCham Germany alljährlich veröffentlicht. Neben der Bewertung der Infrastruktur in Deutschland wird die Einschätzung der Energiekosten abgefragt. Während über die Jahre hinweg die Infrastruktur von der großen Mehrheit der Befragten als gut bis sehr gut bewertet wird, werden die Energiekosten in Deutschland immer als schlecht oder sehr schlecht eingestuft.

Aus transatlantischer Perspektive folgt aus alledem, dass insbesondere im Hinblick auf Regulierung von völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Grundlagen auszugehen ist, die keine einheitliche Herangehensweise zulässt. **Im Sinne eines globalen *level playing fields* sollte darauf hingearbeitet werden, die Wettbewerbsverhältnisse anzugleichen.**

Mehr Diversität in der Gasinfrastruktur fördert den Gasmarkt in Deutschland

Die Gasversorgung in Deutschland im Herzen Europas ist Teil des europäischen Gasmarktes. Der europäische Gasmarkt funktioniert: Er ist in Nordwest-Europa (NWE) sehr liquide, wettbewerbsfähig und diversifiziert. Verschiedene Quellen versorgen den Markt mit Gas, sowohl (und überwiegend) über Pipelines, als auch mit Schiffen (verflüssigtes Gas, LNG). Dies ist ein wichtiger Aspekt in der Diskussion über Versorgungssicherheit und Diversifizierung. LNG ist auf amerikanischer Seite in

⁹ U.S. Energy Information Administration, Today In Energy, 18. Januar 2019,

<https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=38053>

¹⁰ American Chemistry Council. 2019: U.S. Chemical Investment Linked to Shale Gas: \$204 Billion and Counting,

https://www.americanchemistry.com/Shale_Gas_Fact_Sheet.aspx.

¹¹ sowie eine erhöhte Verfügbarkeit von Ethan, einem wichtigen chemischen Ausgangsstoff.

¹² <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/hubertus-bardt-schrumpfender-kapitalstock-energieintensiver-branchen-419139.html>

¹³ Vgl. Unternehmenszahlen zusammengefasst bei Handelsblatt (online). Deutschlands US-Offensive: Dax-Konzerne fahren Investitionen in Nordamerika hoch. *Handelsblatt.com*. Ressort Unternehmen. 14.05.2019 – 03:58 Uhr,

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/handelskonflikt-mit-den-usa-deutschlands-us-offensive-dax-konzerne-fahren-investitionen-in-nordamerika-hoch/24334320.html?ticket=ST-1085634-q4BDXQJaGVZ3nBx5OnU7-ap2>

großem Umfang verfügbar und könnte perspektivisch einen wachsenden Anteil an der Gasversorgung in Deutschland und Europa übernehmen.

Aus Sicht der transatlantischen Wirtschaft sind einerseits Bestrebungen zu begrüßen, die einer Diversifizierung der Lieferquellen dienen, um die Gasversorgungssicherheit in Deutschland und Europa zu erhöhen. Damit das gelingen kann, sollte es keine politischen oder regulatorischen Eingriffe geben, die die Liquidität gefährden könnten. Alle Optionen sind notwendig, sowohl Pipelinekapazitäten als auch Importmöglichkeiten von LNG.

Andererseits sind für Unternehmen im globalen Wettbewerb die Quellen und Transportwege zur sicheren Gasversorgung in Deutschland eher zweitrangig. Aus wettbewerblicher Sicht sind zu allererst die Preise und die Preisentwicklung des Gasimports entscheidend. Daher begrüßt AmCham Germany jede wettbewerblich getriebene Ansiedelung zur Gasversorgung Deutschlands und Europas.

Stromversorgung effektiv und effizient umstellen

Der Strommarkt in Deutschland ist anders als der Gasmarkt deutlich nationaler geprägt, obwohl Grenzkuppelstellen zum europaweiten Stromtransport mittlerweile auch stärker geöffnet werden. Die Stromerzeugungslandschaft befindet sich seit 20 Jahren in einem umfassenden Wandlungsprozess. In der ersten Phase der Energiewende ab etwa 2000 gingen mehr Anlagen basierend auf Erneuerbaren Energien als konventionelle Kraftwerke ans Netz. Diese Phase war geprägt durch erhebliche EEG-Förderkosten und den Aufbau von Überkapazitäten in der Erzeugungslandschaft.

Mittlerweile scheint eine Umbruchsphase angebrochen zu sein, an die der regulatorische Rahmen für die zweite Phase der Energiewende angepasst werden muss. Entscheidende Schritte hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode angekündigt, aber bislang nicht umgesetzt. Dieses Zögern ist für alle Stakeholder mit Unsicherheit verbunden, sodass Investitionen derzeit ausbleiben.¹⁴

Dies und darüber hinaus der Europäische Emissionshandel belasten sowohl Gas direkt, als auch Strom indirekt mit erheblichen Mehrkosten im Vergleich zu den USA. Zwar hat der Gesetzgeber eine Vielzahl von Entlastungsmöglichkeiten für die energieintensive Industrie im internationalen Wettbewerb geschaffen, dabei ist aber vor allem der stärkste Kostentreiber der indirekten CO₂ Kosten nur unzureichend gelöst. Hier liegen die artifizialen Mehrkosten bei 18,75 €/MWh¹⁵, von denen lediglich ein Teil von ca. 50-75% staatlich kompensiert wird. Diesen wettbewerblichen Nachteil gilt es - wie alle artifizialen energiewendebedingten Zusatzkosten auf die maximale gesetzliche Obergrenze von 0,5% der Bruttowertschöpfung zu begrenzen, wie es bei der besonderen Ausgleichsregelung im EEG bereits der Fall ist.

Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt, am Ausstieg aus der Kernkraft bis Ende 2022 festzuhalten. Damit werden in den nächsten 40 Monaten rund 9.5 GW Leistung Kernenergie aus dem deutschen Markt gehen. Zusätzlich und als Beitrag Deutschlands

¹⁴ <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/juergen-matthes-michael-groemling-welche-risiken-gefaehrden-die-deutsche-wirtschaft-439845.html>

¹⁵ (30 €/t CO₂ – 5 €/t CO₂) x 0,75 t CO₂/MWh.

zur Erreichung des Europäischen Klimaziels von 40% weniger CO₂-Ausstoß bis 2030 (gegenüber 1990) hat die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 angekündigt. Braun- und Steinkohlekapazitäten sollen von aktuell 40.5 GW auf 28 GW im Jahr 2022, auf 17 GW im Jahr 2030 und auf 0 GW im Jahr 2038 abgeschmolzen werden. Bis 2030 werden damit 36.5 GW versorgungsrelevante Leistung nicht mehr zur Stromproduktion und zur Erbringung von Systemdienstleistungen zur Verfügung stehen.

Zur Schließung dieser Kapazitätslücke müssen Erneuerbare-Energien-Anlagen und Gaskraftwerke bundesweit errichtet werden. Gaskraftwerke sind nicht nur wegen der regelbaren Stromzeugung notwendig, sondern gerade auch für die Wärmeversorgung. Darüber hinaus können Gaskraftwerke schon heute vollständig mit synthetischem Gas betrieben werden, so dass sie an einem dekarbonisierten Markt teilnehmen könnten.

Die Bundesregierung hat sich zudem das ambitionierte Ziel gesetzt, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 65% bis 2030 zu erhöhen. Die effektive und marktgerechte Umsetzung - insbesondere auch der dafür nötige umfangreiche Netzausbau - steht allerdings noch aus. Im Jahr 2018 ist der Ausbau der Windenergie an Land stark eingebrochen und wird auch 2019 weiter sinken, sodass lediglich die Hälfte der eigentlich notwendigen Kapazitäten ans Netz gehen. Damit rückt die Zielerreichung für den Erneuerbare-Energien-Ausbau in weite Ferne.

Die Windenergie ist weltweit ein entscheidender Pfeiler der Energiewende. Aufgrund sinkender Stromgestehungskosten erlebt die Windenergie auch in den USA einen Hochlauf: 2018 gingen mit 7.588 MW 8% mehr Anlagen ans Netz als im Vorjahr. Anders als in Deutschland bestehen in den USA zwischen Inhaber und Abnehmer konkrete Abnahmeverträge: Unter den größten Abnehmern von sogenannten Power-Purchase-Agreements (PPA) befinden sich Unternehmen wie AT&T, Walmart, Microsoft, Shell Energy und ExxonMobil mit einer Gesamtleistung von 4.200 MW.

In Deutschland sollten zügig die Anreize für Investitionen in die zweite Phase der Energiewende mit einem Großteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien, einschließlich Sektorkopplung geschaffen werden, damit signifikante CO₂-Minderungen erzielt werden können.

AmCham Germany appelliert an die Bundesregierung, umgehend

- das Gesetzgebungsverfahren zum Ausstieg aus der Kohleverstromung so abzuschließen wie im Abschlussbericht der Kommission für Wirtschaft, Strukturwandel und Beschäftigung vereinbart,
- marktbasierende Anreize zu schaffen, damit stillgelegte Kohle- und Kernkraftkapazitäten in den nächsten Jahren ausreichend substituiert werden und
- die Versorgungssicherheit auf höchstem Niveau zu erhalten und wettbewerbsfähige Preise zu gewährleisten.

Über das Energy and Climate Committee

Im AmCham Germany Energy and Climate Committee sind Mitgliedsunternehmen engagiert, die in unterschiedlichen Funktionen mit dem Thema Energie zu tun haben, entweder als Energieerzeuger oder (teilweise energieintensive) Energieverbraucher oder als Komponentenanbieter. Das Committee verfolgt die energie- und klimapolitischen Entwicklungen in Deutschland und Europa sowie in den USA und bringt sich aktiv in die politische Debatte ein.

Es steht für eine marktbasierete und wettbewerbsfähige, nachhaltige Energie- und Klimapolitik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichert und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt. Auf internationaler Ebene setzt es sich für eine Stärkung der transatlantischen Kooperation ein, um globalen Herausforderungen zu begegnen und gemeinsam die gesteckten Ziele zu erreichen.

Chair

Dr. Birgit Ortlieb, Director Government Affairs Germany, Dow Deutschland Inc.

Staff Contact

Juliane Reitzig

Manager, Government Affairs

T +49 30 2130056-28

E jreitzig@amcham.de

Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)

Vor 116 Jahren gegründet und mit mehr als 2300 Mitgliedern ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Stimme der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie für ein wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

AmCham Germany online

www.amcham.de | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)